

Ingrid Pitterle, Fraktionsvorsitzende Die Linke

Anträge der LINKEN- Kreistagsfraktion zum Haushalt 2020

- 20.1 / 1. Die Vertreter des Kreistags mögen sich im Zweckverband Schönbuchbahn dafür einsetzen, dass die Bahn an Werktagen bereits um 4.30 Uhr ihren Fahrbetrieb aufnimmt und bis 00.30 Uhr fährt. Am Wochenende, Freitag und Samstag sollte sie für Nachtschwärmer bis 2.00 Uhr morgens fahren.

Begründung:

Menschen, die in der Region zum Frühdienst zur Arbeit fahren müssen, wollen wir dazu bringen, ebenfalls die Schönbuchbahn zu nehmen.

Nachtschwärmer, insbesondere aber auch Jugendliche, die spät abends von Veranstaltungen nach Hause fahren, sollten die Möglichkeit erhalten, die Bahn zu benützen.

- 20.2 / 2. Der Kreistag möge beschließen, dass die Schönbuchbahn im ersten Monat für die Fahrgäste unentgeltlich ist.

Begründung:

Wir wollen dass die Schönbuchbahn von Anfang an attraktiv ist und die Fahrgäste, die in der Zeit der Stilllegung der Bahn mit dem Auto gefahren sind, wieder zurück gewinnen.

- 20.3 / 3. Der Kreistag möge beschließen: Die geplante Tarifierhöhung um 1,9% wird abgelehnt.

Begründung:

Im Sinne der notwendigen Mobilitätswende ist die Erhöhung der Ticketpreise kontraproduktiv. Im Interesse des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung müssen mehr Menschen dazu gebracht werden, vom Auto auf Busse und Bahnen umzusteigen.

- 20.4 / 4. Der Kreistag beschließt: Wenn bis Ende März der Kommunalfond Wohnraumoffensive des Wirtschaftsministeriums Baden- Württemberg nicht aufgelegt wird, richtet der Landkreis Böblingen auf eigene Kosten eine „Kümmererstelle“ ein, die darauf abzielt, ungenutzten privaten Wohnraum im Mietwohnungsbestand zu akquirieren.

Begründung:

Wir sind der Meinung, dass es in Anbetracht der Wohnraumknappheit im Kreis auf der einen Seite, und 6000 leerstehenden Wohnungen auf der anderen Seite, dringend geboten ist, dass der Landkreis Böblingen wie im Beispiel der Stadt Karlsruhe aktiv wird.

- 20.5 / 5. Die Mitglieder des Kreistags im Aufsichtsrat der Kreiskliniken Böblingen GmbH werden vom Kreistag beauftragt sich bei der Geschäftsführung gegen die Reduzierung des Personals einzusetzen.

Begründung:

Seit Einführung der DRGs (Diagnosebezogene Bezahlung) steht die Geschäftsleitung unter einem enormen Druck Geld einzusparen, um das Defizit der Kliniken zu senken. Dies hat in den letzten 17 Jahren dazu geführt, dass vor allem bei den Personalkosten gekürzt wurde, woanders ging es ja kaum. Um nicht noch mehr in die „roten“ Zahlen zu kommen wurde vor allem in der Pflege das Personal um 30% reduziert bei fast verdoppeltem Patientendurchlauf. Die gravierenden Folgen davon sind ein extrem überbelastetes Personal (24 % Ausfallquote) mit immensen Überstunden, und einer Geschäftsleitung, die versucht jeden Euro zum zigsten Male umzudrehen. Das ist die Lebenswirklichkeit im Krankenhaus, ein Teufelskreis, dem die Kliniken seit Einführung der DRGs unterliegen.

18.11.2019